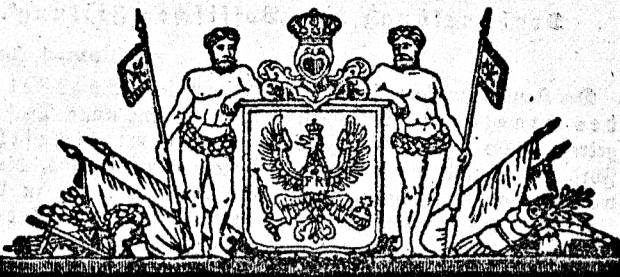


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.-st.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 666-

Rathenau und Planwirtschaft.

Von
Dr. Robert Mayer.

Dr. Rathenau hat sich noch nicht auf dem Ministerfessel niedergelassen, da erscheinen die alten Gegner der Planwirtschaft und läuten Sturm. Sie kündigen an, daß sie von vornherein Rathenaus Ernennung nur mit den größten Bedenken betrachten, und drohen statt Mitarbeit schärfste Opposition an, falls es dem neuen Minister einfallen sollte, „planwirtschaftlich“ zu arbeiten. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und wir kennen auch die Herren Verfasser. Es sind die „Wirtschaftler“, die seit mehr als zwei Jahren „planmäßig“ jede geordnete Wirtschaftsführung hintertreiben, die selbst ohne Ideen und ohne den Wunsch über den Profit des Einzelnen hinaus für die Gesamtheit etwas zu leisten, jede positive Mitarbeit verweigert und die Blätter mit ihren tönenden Protaxen angefüllt haben. Zwar gebührt ihnen nicht der herostratische Ruhm, die Planwirtschaft seinerzeit zu Fall gebracht zu haben. Deren Durchführung ist in der Hauptsache am Widerstand der Sozialdemokratie und an der Indolenz der Industrie gescheitert. Statt der Planwirtschaft ist nach einem „System der Planlosigkeit“ gearbeitet worden. Heute läßt sich überblicken, welcher unermesslichen Schaden die deutsche Wirtschaft durch diese Art der Wirtschaftsführung erlitten hat. Unter eifriger Mitwirkung und mit enormen Verdiensten für die den Gegnern der Planwirtschaft nahestehenden Kreise sind für viele Milliarden unnötigster Luxusartikel und entbehrlichster Lebensmittel nach Deutschland eingeführt worden. Mit den Summen, die hierfür verschleudert wurden, hätte beispielsweise die Bautätigkeit in Deutschland, die heute mehr als je darniederliegt, schon längst zur Erstartung gebracht werden können. Heute könnten wir kraft dieser ungeheuren Beträge schon so weit sein, daß von Wohnungsnot und den damit verbundenen Zwangsmaßnahmen nicht oder bei weitem nicht mehr im jetzigen Umfange die Rede sein würde.

Nachdem die Planwirtschaft gefallen war, hat man aus ihrem bis ins einzelne durchdachten und ausgeführten System die Ausfuhrhandelskontrolle herausgerissen, viel zu spät und in ganz ungenügendem Umfange. Der deutsche Steuerzahler, dem jetzt die Anforderungen der neuen Einkommenssteuer zu Gemüte gebracht worden sind, fragt sich betrübt, warum der Staat nicht rechtzeitig und nicht genügend an den Ausfuhrerträgen teilgenommen hat. Es würde aber zu weit führen, hier ins einzelne zu verfolgen, welcher Schaden durch die Ablehnung der Planwirtschaft entstanden ist. Man lese sich die in der Juni-Nummer 1919 des „Plutus“ veröffentlichte Denkschrift durch und stelle sich vor, wie anders unsere Wirtschaft nach innen und nach außen heute aussähe, wenn das darin Geforderte Tatsache geworden wäre. Den Gegnern des neuen Ministers muß aber von vornherein gesagt werden, daß diesmal ihr Bestreben, eine planmäßige Wirtschaft für den Wiederaufbau zu hintertreiben, an dem einmütigen Widerstande des gesamten Volkes scheitern muß. Denn es ist selbstverständlich, und die Persönlichkeit Rathenaus — zu der man im einzelnen stehen kann, wie man will — bürgt dafür, daß er nicht den Ministerposten angenommen hat, um die Dinge so laufen zu lassen, wie dies bisher geschehen ist. Industrie und Arbeiterschaft müssen auf den Plan gerufen werden, um dem Minister den Rücken zu stärken, wenn er bei der Durchführung seines Programms auch in die geheiligten Bezirke der Planwirtschaft eingreift. Fragt man sich, aus welchem Grunde bisher so wenig für den Wiederaufbau geleistet wurde, so sind es besonders drei Punkte, aus denen Schwierigkeiten entstanden sind.

Einmal die ungenügende Aufklärung über die tatsächlichen Aufgaben des Wiederaufbauministeriums, seine Zwitterstellung zwischen den anderen Ressorts, seine Abhängigkeit von diesen, der Mangel an Fühlung mit den einzelnen in betracht kommenden Industrien.
Zum zweiten die Tatsache, daß die Lieferungen für Wiederaufbauzwecke der Industrie erheblich geringere Gewinne bringen als Lieferungen, die auf Grund von Privatverträgen nach dem Ausland vorgenommen werden. Hier wird es sich darum handeln, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Betrieben, die zu Lieferungen für den Wiederaufbau herangezogen werden und denjenigen, deren Erzeugnisse hierfür nicht in Betracht kommen. Die Last der Wiedergutmachung soll auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden. Es darf denjenigen, denen nun als Hersteller der benötigten Wiederaufbaugüter die tatsächliche Ausführung zufällt, keine Sonderbelastung zugemutet werden. Hier einen Ausgleich zu finden, wird besondere Schwierigkeiten bieten, die durch Zusammenarbeit aller Beteiligten, aber, wenn nötig, durch energisches Durchgreifen, überwunden werden können.

Drittens muß eine Klärung darüber herbeigeführt werden, ob tatsächlich auf der Seite unserer Gläubiger Kräfte am Werk sind, die einen planmäßigen Wiederaufbau deshalb zu hintertreiben suchen, damit sie für sich selbst im Krüben fischen können. Derartige Behauptungen sind aufgestellt worden, auch die beamteten Vertreter des Wiederaufbaus auf französischer Seite sind hiermit in Zusammenhang gebracht worden. Es muß durch offene und rückhaltlose Klärung und Aussprache hier Klarheit geschaffen werden.

Der neue Minister kennt zur Genüge die deutsche Innenpolitik der Nachkriegszeit, um zu wissen, an welchen Stellen und in welchen Persönlichkeiten er seine Widersacher zu finden hat. Es wird all seiner Energie und seiner Ausdauer bedürfen, um sich gegen sie zu behaupten. Seine

Tätigkeit wird auf alle Bezirke der deutschen Wirtschaft sich erstrecken müssen. Ihn zu unterstützen, wird Aufgabe und Pflicht aller derer sein, denen der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens am Herzen liegt. Am Widerstand von Privatinteressen darf die Durchführung seiner Aufgabe nicht scheitern.

Neue Angriffe der Aufständischen.

Die Antwort General Höfers.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mg Breslau, 1. Juni.

General Höfer hat heute auf die von uns gestern gemeldete Forderung einer Deputation der J. A. R., den deutschen Selbstschutz zurückzuziehen, wie folgt geantwortet:

„Auf die mir durch Herrn Oberst Caput übermittelten Darlegungen habe ich die Ehre, im Einvernehmen mit der politischen Zeitung der deutschgefinnten obererschlesischen Bevölkerung folgendes zu antworten: Der deutsche Selbstschutz ist organisierte Notwehr. Die deutsche Bevölkerung mußte zur Selbstverteidigung schreiten, da die Machtmittel der J. A. R. zu ihrem wirksamen Schutze nicht ausreichten. Der Selbstschutz tritt ein für die Wiederherstellung des Rechtszustandes, den Schutz des Lebens und des Eigentums der Bevölkerung des gesamten Abstammungsgebietes. Bedingung hierfür ist die restlose Vertreibung der polnischen Aufreiter vom obererschlesischen Boden. Hierfür einzustehen ist unter aller entschlossener Wille, und nur in der Hoffnung, daß die J. A. R. alle erforderlichen Machtmittel für dieses gemeinsame Ziel bald einsetzen wird, haben wir mit Aufbietung aller Selbstbeherrschung bisher an uns gehalten.“

Die Forderung, den Selbstschutz aus seiner jetzigen Stellung zurückzuziehen, bevor der Rechtszustand in Oberschlesien wieder hergestellt ist, trägt weder der Rechtslage noch dem Rechtsempfinden meiner Kameraden Rechnung und ist undurchführbar. Sie stellt den in berechtigter Notwehr handelnden Selbstschutz den polnischen Insurgenten gleich. Eine solche Gleichstellung mit jenen, die den Rechtszustand in frivoller Weise brachen und Elend und Not über unsere obererschlesische Heimat brachten, wird von der deutschgefinnten Bevölkerung Oberschlesiens mit tiefster Entrüstung abgelehnt.“

Heute vormittag sprach der geschäftsführende Ausschuss der deutschen politischen Zeitung beim General Le Rond vor und unterlegte die Antwort des Generals Höfer in dringlichen Darlegungen.

In Oberschlesien ist die Not in den Städten immer bedrohlicher geworden. Die Passivität der Besatzungstruppen, insbesondere der Franzosen, hat nach den uns vorliegenden Nachrichten eine wachsende Verzweiflung und Verbitterung geschaffen. Die Verschleppungspolitik, die bis jetzt getrieben worden ist, stellt in der Tat die Fähigkeit des Lebens und Duldens auf seiten der ruhigen Bevölkerung, die sich jedem Terror und jeder Gewalttat schusslos preisgegeben sieht, auf eine geradezu ungeheuerliche Probe. Es gibt nur ein Mittel, um im letzten Augenblick neue schwere Verwicklungen zu vermeiden: die Entwaffnung der polnischen Aufreiter und die Wiederherstellung der Ordnung im gesamten Abstammungsgebiet. Die Entente hat die rechtliche und moralische Verpflichtung dazu, und alle die Erörterungen, die jetzt hinter den Kulissen geführt werden, können an diesem Tatbestand nichts ändern. Durch das Verschulden der Entente sind die namenlosen Leiden und ungeheuren Schäden in Oberschlesien entstanden. Jeder Tag der Verzögerung vermehrt die Verantwortlichkeit, aber auch die Haftpflicht der Entente für die Gesamtheit der Verwüstungen, der materiellen und moralischen Kränkungen und Schädigungen, denen Tausende von Oberschlesien ausgelegt sind. Die Rechtslage ist völlig klar, und es darf erwartet werden, daß die deutsche Regierung mit allem Nachdruck, gestützt auf ihr völlig loyales Verhalten, dieses Recht auf Wiedergutmachung und Wiederherstellung

Verstärkte polnische Angriffe.

Zwischenfälle in Beuthen und Gleiwitz.

mg Breslau, 1. Juni.

Die Angriffe der Polen haben auf der ganzen Linie in der vergangenen Nacht mit verstärkten Mitteln angedauert. Ein Beispiel für die Schwere der Angriffe gibt der Vorstoß, den die Polen auf der Straße Groß-Strelitz-Groß-Stein gemacht haben. Hier haben sie besonders starke Minenwerfer angewandt. Die deutsche Verteidigung hatte, was bei der Verzettlung der Kräfte als eine besonders hohe Zahl betrachtet werden kann, an einer einzigen Stelle bei Pohnowitz 5 Offiziere und 18 Mann tot sowie 40 Verwundete. Die Verluste der

Polen erreichten an diesem Punkte ungefähr das Doppelte. Bei Rosenberg wurden aktive Hallersoldaten gefangen genommen. Nach ihren Aussagen sind das 15. und das 27. polnische Infanterieregiment in die dortige polnische Front eingegliedert. Nach weiteren Aussagen soll sich auch das 80. Regiment dort befinden. In Lublin haben ebenfalls neue Truppenausladungen polnischerseits von über die Grenze gekommenen „Freiwilligen“ stattgefunden.

Es hat den Anschein, als ob die Polen in Erwartung eines englischen Vorgehens umfangreiche Zerstörungen hinter der ganzen Front vornehmen. Täglich werden große Sprengungen beobachtet. Die Zerstörung der Bahnkörper scheint nach Erkundungen von Patrouillen systematisch ausgeübt zu werden.

In Beuthen und Gleiwitz kam es zu kleinen Zwischenfällen, da angeblich auf französische Soldaten aus den Häusern geschossen worden sei. In beiden Fällen fuhr ein französischer Panzerauto vor die betreffenden Häuser und gab eine große Anzahl von Schüssen ab. Man neigt zu der Annahme, daß es sich um polnische Spitzelarbeit handelt und weist weiter darauf hin, daß dieses energische Vorgehen der Franzosen in beiden Fällen im krassen Gegensatz steht zu dem Verhalten in Katowitz, wo sie Plünderungen und Erpressungen inmitten der Stadt seitens der Polen dulden.

Neue englische Truppen für Oberschlesien.

Wie wir hören, sind weitere englische Truppenformationen auf dem Wege nach Oberschlesien. Die Gesamttransporte werden bis zum 5. d. Mts. abgeschlossen sein.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier wenden sich in einem Aufruf an die Oberschlesier im Reich mit der Bitte um tatkräftige Hilfe durch die noch von der Währungsabstimmung her bestehende Organisation. Diese soll Geld, Kleider und Nahrungsmittel für die Flüchtlinge sammeln und den fliehenden Landsleuten zuführen. Geldspenden nimmt die Bank für Handel und Industrie Breslau auf das Konto „Oberschlesienhilfe“ an.

Silberufe aus Oberschlesien.

Auf besonderem Umweg ist es deutschen Bürgern des von den Insurgenten besetzten und vergewaltigten Kampfgebiets gelungen, Schilderungen der dortigen verzweifeltsten Lage durchzuschmuggeln, um deren Veröffentlichung sie die „Wossische Zeitung“ bitten.

Hindenburg D. S., 29. Mai.

Hindenburg ist vollständig in den Händen der Aufständischen. Eine neutrale Zone, die von Franzosen besetzt ist, wird nicht respektiert. Die Niederlagen der Insurgenten an der Front finden eine entsetzliche Rückwirkung in der von ihnen besetzten Etappe. Die deutsche Bevölkerung ist verzweifelt. Täglich finden hier Verhaftungen von Männern jeden Alters statt, besonders von Beamten, Industrieangestellten und Arbeitern, die den deutschen Gewerkschaften angehören. Unaufhörlich durchziehen polnische Patrouillen die Straßen, Verhaftete in ihrer Mitte, die sie mit Kolbenschlägen, Gummiknüppeln, Fußtrittten vorwärts treiben. Die Keller der als Kasernen eingerichteten Schulen sind mit Gefangenen überfüllt. Ununterbrochen rollen Lazarettwagen zum Knappschaftslazarett und zum Gemeindefrankenhaus, die die unglücklichen Opfer transportieren. Das Erscheinen deutscher Flieger am Mittwoch voriger Woche hat hier eine fanatische Wut unter den Insurgenten ausgelöst.

In der folgenden Nacht wurde (wie von uns berichtet D. Red.) das Flüchtlingslager im Wyzem, in dem sich über 500 Flüchtlinge, meist Familienväter befinden, von Insurgenten gestürmt. Es spielten sich fürchterliche Szenen ab. In Hund und Hundstößen wurden die Flüchtlinge auf den Platz getrieben, mit Kolben und Gummiknüppeln niedergeschlagen. Die Wehrlosen flüchten ihre Peiniger auf den Knien um Gnade an. Alles war vergebens, die Wanktüten wüteten in bestialischer Weise weiter. Bis in den nördlichen Stadtteil wurde das gellende Wehgeschrei und die verzweifeltsten Hilferufe der Mißhandelten gehört. Frauen, die in der Nachbarschaft die Szenen erlebten, fielen in Schreikämpfe. Unter unaufhörlichen Mißhandlungen wurden die Flüchtlinge in das Internierungslager nach Bieschowitz geschleppt.

Die Empörung der Bevölkerung ist grenzenlos. Vor der Kreis-Kontrollkommission drängte sich am Morgen eine verzweifelte Menge, meist Angehörige der Beschießten, die unter gellenden